

Man ist in deutschnationalen Kreisen geteilter Meinung gewesen, ob es im Herbst richtig war, vorzeitig aus dem Kabinett auszutreten — vollständig einig aber ist man sich darüber, politisch mitzuarbeiten, sobald es das nationale Wohl verlangt. Neue Zeiten einer Opposition um jeden Preis, die in den Ereignissen der Revolutionsperiode ihre Berechtigung fanden, sind vorüber, die heilsame Auswirkung der Kabinettbeteiligung hat nachhaltige Eindrücke hinterlassen, und so wird sich die Deutschnationalen Partei nicht mehr verlagern, sobald begründete Aussicht besteht, daß sie in Gemeinschaft mit anderen Parteien ihre Ziele erreichen kann. Ob dieser Augenblick schon heute gekommen ist, mag zweifelhaft erscheinen; ein unmittelbarer Anlaß, es zu glauben, besteht nicht; aber wenn nicht alles trübt, sind hier wie dort gewisse Neigungen zur Annäherung vorhanden, die eine gesunde Entwicklung der parteipolitischen Konsolidierung erhoffen lassen. Der Reichstagsabgeordnete Quast, der am Sonnabend auf der Dresdner Parteivertrakttagung der Deutschnationalen über die politische und wirtschaftliche Lage sprach, freifte die Annäherungsverläufe der Volkspartei, ohne ihnen mehr als platonische Beachtung zu schenken. Seine Rede selbst aber war danach angelegt, das Vertrauen auf eine Stärkung der nationalen Front zu vermehren. Er lehnte den Eintritt in das Kabinett nicht rundweg ab, sondern knüpfte ihn an Voraussetzungen, die durchaus im Bereiche des Möglichen lagen. Allein schon die Tatsache, daß Geheimrat Quast zu einer eventuellen deutschnationalen Kabinettbeteiligung eingehend Stellung nahm, zeigt die Wendung der Entwicklung seit Januar. Daß man ihr von Seiten des Kabinetts Rechnung tragen wird, darf man vielleicht aus der allerdings demotivierten Ratsrichterschaft, der bekannte Landtagsführer und frühere deutschnationalen Abgeordnete Freilinger v. Nitzschhofen sei für den Ernährungsministerposten in Aussicht genommen. Wie dem auch sei, die Berechnungen der Linken, der die Taube auf dem Dache wertvoller als der Sperling in der Hand erschien, sind gründlich vordringlich. Daß gerade wir in Sachsen darüber Genugtuung empfinden, ist im Hinblick auf die in diesem Jahre bevorstehende Landtagsneu-

wahl begreiflich. Eine triumphierte sozialistische Regierung im Reich und eine noch immer unerklärte in Sachsen hätten die an sich schon komplizierten Verhältnisse zum Schaden der bürgerlichen Parteien noch weiter erschwert. Denn während im Reich zwischen Entweder und Oder noch eine mittlere Linie denkbar ist, werden wir diesmal in Sachsen nach menschlicher Voraussicht nur zwischen links und rechts zu wählen haben. Was eine Zusammenarbeit der großen Rechtsparteien im Reich in dieser Hinsicht für Sachsen bedeuten würde, braucht nicht gesagt zu werden. Die bürgerliche Front hat in ihrem Ringen um das Vertrauen des sächsischen Volkes nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn jede, aber auch jede Neigungslinie im eigenen Lager befestigt wird. Nur so wird es möglich sein, jene große Kerntruppe zu bilden, die auch den Eigenbrötler in den bürgerlichen Splitterparteien von der Zwecklosigkeit isolierten Vorgehens überzeugt und zu einem Sammelpunkt für alle national-germanischen nichtsozialistischen Volksgenossen wird. Es war Zufall, daß dieser Gedanke wenige Stunden nach der Rede von Quast auf einer volksparteilichen Versammlung von Oberbürgermeister Blüher mit allem Nachdruck hervorgehoben wurde, — und schließlich doch kein Zufall. Man kann Quast recht geben, daß zwischen dem Liberalismus der Volkspartei und der konservativen deutschnationalen Weltanschauung unvereinbare Gegensätze bestehen; aber diese Gegensätze sind solche der Methode und nicht des Zieles. Wenn zum Beispiel im alten Oeere zwischen Infanteristen und Artilleristen immer eine gewisse Spannung bestand, die sich aus der Verschiedenheit der militärischen Waffen ergab, so wäre es doch keinem Führer einfallen, diese beiden Truppengattungen deshalb zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Stellen einzusetzen, da beide ja letzten Endes keine andere Aufgabe hatten, als den Feind zu schlagen. So sollte es auch mit unseren bürgerlichen Parteien sein; man der einzelne Waffen schwingen, welche er will — hat er wirklich den Mut, den Gegner bei den Ohren zu packen, so wird er sich ganz von selbst denen zugesellen müssen, die dasselbe wollen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. März. Der Reichstag, der heute noch ständiger Pause wieder seine Sitzungen aufnahm, übernahm zunächst eine Vorlage zur Änderung des Reichspostgesetzes, die dem Reichspostminister vorgelegt ist. Nach diesem Gesetzentwurf soll die Gesamtzahl der Postämter des Reichs zum 1. April 1926 auf 87 erhöht werden. Darauf wurde die 2. Lesung des Haushaltsplanes für 1926 beim Reichsarbeitsministerium fortgesetzt.

Abg. Graumann erklärte, daß am nächsten Montag festgehalten werden müsse, ob er die Möglichkeit der Wirtschaftlichkeit Deutschlands zu steigern. Der Redner forderte baldige Vorlage des Arbeitszeitgesetzes.

Abg. Thiel (D. Sp.) bedauert, daß der deutsche Einfluß beim internationalen Arbeitsamt so gering sei. Abg. Nibel (Komm.) wirft dem internationalen Arbeitsamt vor, daß es gegen die proletarischen Interessen arbeite. Abg. Schneider-Berlin (Dem.) fordert die Zulassung des Deutschen als Amtssprache beim Arbeitsamt und stärkere Vertretung Deutschlands in der Verwaltung des Arbeitsamtes. Bei der Gewerbeaufsicht bedauert die Abg. Frau Sender (Soz.) die mangelhafte Durchführung der sozialen Vorschriften. Abg. Dr. Spuler (D.-N.) bittet, der psychologischen Seite des Arbeitsproblems mehr Beachtung zu schenken. Die Forderungen bei angestrengter Arbeit seien viel zu kurz. Die Jugendlichen müßten in höherem Maße herangezogen werden, um die älteren Jahrgänge zu entlasten. Ein dankbarer Weg wäre auch die Anwartsparasse. Abg. Bierath (Komm.) verlangt, daß der Betriebsrat böswilligen Unternehmern gegenüber selbständige Sicherheitsmaßnahmen durchführen könne.

Die deutschnationalen Abg. Frau Müller-Gottlieb spricht sich für eine Erweiterung der Rentenversicherung aus. Auch die volksparteiliche Abg. Frau Nag verweist auf die viel zu wenig bekannte

Tragödie der Kleinrentner.

die schweigend ihr Elend tragen. In vielen ländlichen Gemeinden sei von einer geborenen Fürsorge überhaupt keine Rede. In unzulässiger Weise würden Abzüge von der Rente gemacht. Mäßiger erworbener Nebenverdienst führe zu erheblichen Abzügen. Demütigende Verträge über Verpfändungen ihres Nachlasses würden den Kleinrentnern auferlegt. Diese verarmten Kreise deutschen Bürgertums hätten nach einem Leben der Arbeit ein Recht auf Hilfe. Auch der Gegenstand des darben Alters und der vielfach sinnlos verschwendenden Jugend sei unerträglich. Die Lage der Kleinrentner sei ein Dohn auf die viele

Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums stellte fest, daß gerade die Reichsregierung die Hilfsmöglichkeiten für die Klein- und Sozialrentner durchgesehen habe. Die Reichsregierung tue alles, was in ihrer Macht stehe, um dafür zu sorgen, daß die Nichtfähigen überall durchgeführt werden. Auch in der freien Wohlfahrtspflege seien die Hände nicht in den Schößen gelegt worden. — Darauf wurden die Beratungen abgebrochen.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für Dienstag verlangten die Abgeordneten v. Gräfe (Völk.), Schulz-Bromberg (D.-N.) und Stöcker (Komm.) eine Debatte über die Außenpolitik nach vor der Abreise des Reichskanzlers und des Außenministers nach Genf. Nach lebhafter Auseinandersetzung wurde beschlossen, den Etat des Auswärtigen zwar auf die morgige Tagesordnung zu setzen, jedoch soll der Kabinettsrat, der am Dienstagvormittag zusammentritt, entscheiden, ob an erster Stelle das Arbeitsministerium oder das Auswärtige Amt behandelt werden soll.

Besuch des Reichskanzlers in Hamburg.

Berlin, 1. März. Reichskanzler Dr. Luther begibt sich heute abend nach Hamburg, wo er morgen eine große Rede halten gedenkt. (W. T. B.)

Berlin, 1. März. Die für heute nachmittag vorgesehenen Besprechungen der Parteiführer beim Reichskanzler über Fragen der Innenpolitik sind auf Mittwoch 12 Uhr verlegt worden. (Z. U.)

Der bereinigte Voranschlag für 1926.

Berlin, 1. März. Dem Reichstag ist eine Uebersicht über den Staatsbedarf des Reichs und seine Deckung nach der Berechnung von 1918 und über den Voranschlag für 1926 zugegangen. Die Haushaltsausgaben für 1918 waren danach 3520,0 Millionen Ausgaben und 3248,1 Millionen Einnahmen. Der Voranschlag für 1926 schlägt an Ausgaben und Einnahmen mit je 7718,9 Millionen Mark ab. Die vereinigten Bruttosummen waren für 1918 3805 Millionen Ausgaben und 3892,2 Millionen Einnahmen. Im Voranschlag balancieren sie mit 4941,9 Millionen Mark in Einnahmen und Ausgaben.

Berlin, 1. März. In der vom Reichsfinanzminister Dr. Reinhold dem Reichstag übermittelten Uebersicht über den Staatsbedarf des Reichs und seine Deckung nach der Rechnung von 1918 und dem Voranschlag 1926 sind die Bruttosummen von allen Ueberweisungen und durchlaufenden Posten bereinigt worden. Ebenso sind alle Doppelposten, die aus etatmäßigen Gründen notwendig waren, einmal in Ausgabe und einmal in Einnahme aktiviert worden. Nach dieser Bereinigung ergibt sich, daß der Voranschlag für 1926 durch Doppelposten und durch laufende Posten in Höhe von 28 Milliarden Mark belastet ist. Die Hauptposten nehmen dabei die Steuerüberweisungen an Länder und Gemeinden ein. Die Bruttoausgaben betragen nach der Bereinigung im Jahre 1918 3805 Millionen Mark, im Jahre 1926 4941,9 Millionen Mark. Die Ausgaben des Jahres 1926 sind somit um 1136,9 Millionen höher veranschlagt, als die Ausgaben nach dem Rechnungsjahr 1918. Um den eigentlichen Staatsbedarf darzustellen, war es aber notwendig, die bei den Betriebsverwaltungen erwachsenen Bruttosummen von den Gesamtausgaben abzusetzen. Die Betriebsverwaltungen kommen für die Errechnung des Staatsbedarfes überhaupt nur insofern in Frage, als sie Ueberschüsse abwerfen oder Rückfälle aus Mitteln der allgemeinen Reichsverwaltung bedürfen. Nach Abhebung der Betriebsverwaltungen beträgt der eigentliche Staatsbedarf im Jahre 1918 2672,2 Millionen Mark. Gegenüber 1918 ist somit für das Etatsjahr 1926 eine Steigerung um 2269,7 Millionen Mark oder 84,9 Prozent zu verzeichnen. Der Gesamtstaatsbedarf des Jahres 1926 erklärt sich in erster Linie aus den unter der Bezeichnung: unmittelbare Ausgaben des Krieges und der Befahrung unannehmlicher Verträge, die allein einen Aufwand von 2422,5 Millionen Mark oder 49 Prozent des eigentlichen Staatsbedarfes für sich beanspruchen.

Die Reichsrichtzahl.

Rückgang um 0,7 Prozent im Februar. Berlin, 1. März. Die Reichsrichtzahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Februar mit 188,8 gegenüber dem Vormonat (189,6) um 0,7 Prozent zurückgegangen. Die Preise für Gemüse, Milch und Butter haben zugenommen; die Preise für Fleisch und Fleischwaren und im besonderen Maße für Eier haben nachgegeben. Auch die Bekleidungsgegenstände weisen einen Rückgang auf. (W. T. B.)

Schlageters Muffler gefordert.

Durch Funktionär. Freiburg, 1. März. Im Alter von 68 Jahren ist in Zöhnen die schon seit längerer Zeit an Herzleiden leidende Mutter des von den Kämpfern im Ruhrgebiet handrechtlich erschossenen Albert Leo Schlageter am Sonntag gestorben. (W. T. B.)

Sprengrung des Fürstentkompromisses?

Ein Beschluß der demokratischen Fraktion.

Die zwei Seelen der Demokraten.

Berlin, 1. März. Der Reichsausschuß des Reichstages, der am Sonnabend die erste Lesung des Kompromissgesetzes zur Fürstenaufhebung beendet hatte, hat seine Verhandlungen auf acht Tage unterbrochen, um den Parteien Gelegenheit zu geben, in vertraulichen Besprechungen eine Einigung in der Richtung zu suchen, daß eine sichere Mehrheit für den Gesetzesentwurf, wenn möglich, sogar eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag zuhause komme. Diese Verhandlungen, die außerordentlich schwierig sind, weil die Parteien das Gesetz in erster Lesung mit ständig wechselnden Mehrheiten angenommen haben und eine Annahme seiner endgültigen Fassung noch nicht zu erkennen ist, werden zum Teil auch mit den Vertretern der Regierung geführt. Auch der Reichskanzler Dr. Luther wird entweder vor seiner Reise nach Genf oder gleich nach der Rückkehr aus Genf sich an diesen Verhandlungen beteiligen müssen, wenn die Regierung Wert darauf legt, daß die Frage der Fürstenaufhebung gerecht und endgültig geregelt wird.

Berlin, 1. März. In der Frage der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern droht nun ein Auseinanderfallen der Regierungsparteien. Die demokratische Reichstagsfraktion vertritt die Ansicht über ihre Haltung gegenüber dem Kompromiß der Regierungsparteien heute folgenden Bericht:

„Die demokratische Reichstagsfraktion nahm in ihrer Fraktionsführung am Montag einen Bericht des Reichstagsabgeordneten v. Nitzschhofen über die Frage der Fürstenaufhebung entgegen. Diesem zufolge sind zwar einige Verbesserungen des ursprünglichen Kompromissentwurfes erzielt worden, die aber den Forderungen noch nicht gerecht werden, die die Deutsch-demokratische Partei erheben muß. Wenn nicht aus den im Gange befindlichen Verhandlungen wesentliche Verbesserungen hervorgehen, wird sich die Fraktion in einer ihrer nächsten Sitzungen darüber schlüssig werden, ob sie ihren Anhängern eine Beteiligung am Volksbegehren empfehlen soll.“

Ergänzend wird dazu noch mitgeteilt, daß entweder nach dem ursprünglichen demokratischen Vorschlag den Ländern die Möglichkeit gegeben werden müsse, unter Ausschluss des Reichsweges die Regelung der Abfindungsfrage vorzunehmen, oder daß der Kompromissantrag so ausgestaltet werde, daß an

Stelle langer staatsrechtlicher Auseinandersetzungen eine Entscheidung trete, die verhindere, daß die allgemeine Verarmung vor den Fürstenhäusern haltmache und die Abgeltung ihrer gesamten Ansprüche auf ein Maß bringe, das politischen Mißbrauch ausschließt (1) und die Einalliederung in den nationalen Arbeitsprozeß fördere. Nebenfalls sei die demokratische Fraktion, daß das Schicksal des Kompromisses so günstig besiegelt sein dürfte. Denn an einer Verschärfung, wie sie hier gefordert wird, werden die anderen Regierungsparteien sich kaum bereit finden können.

Bayern und das Fürstentkompromiß.

Die Auseinandersetzung mit den Wittelsbachern eine vollendete Tatsache!

München, 1. März. Wiederholt hat die Bayerische Volkspartei zu verstehen gegeben, daß sie sich in der Frage der Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern nicht für Parteigeschäfte der Demokraten, Sozialisten und Kommunisten berate. In der letzten Vorstandssitzung der Bayerischen Volkspartei in München wurde erneut diese Haltung der Bayerischen Volkspartei betont und mit aller Entschiedenheit erklärt, daß eine Rückwirkung für die bereits in Bayern erledigte Auseinandersetzung unter keinen Umständen von der Bayerischen Volkspartei mitgemacht werden würde.

Die Vaterländischen Verbände gegen das Volksbegehren auf Raub.

Berlin, 1. März. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände, die am 27. Februar eine aus allen Teilen des Reichs zahlreich besuchte Tagung abhielten, saßen zur Frage der Vermögensauseinandersetzung mit den Fürstehäusern einstimmig folgende Entschlüsse: Der Reichsvertretertag der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands ist seiner Empörung Ausdruck über die meist von Fremdkräften veranlaßten mit unerhörter Eile und ohne betriebenen Verluste, die deutschen Fürstehäuser bis zur Enteignung zu entziehen. Er sieht in der Fürstententziehung analog einem weiteren Schritt zum Volksweltismus, der wie heute andere Fürstehäuser morgen einen jeden treffen wird, der noch christliches Glauben hat. Deshalb Kampf gegen den Volksweltismus und für die Rechte der Fürstehäuser. Keine Stimme dem Volksbegehren auf Raub.

Der Innenetat im Haushaltsauschuß.

Die Besprechung des Programms Dr. Kütz.

Berlin, 1. März. Am Haushaltsauschuß des Reichstages führte nach der Programmrede des Reichsinnenministers Dr. Kütz über seine Verwaltungsreformpläne Abgeordneter Zollmann (Soz.) Beschwerde über die Unterdrückung der kommunikativen Partei, insbesondere in Bayern. Dem Reichsinnenminister könne auch dann schon Glück gewünscht werden, wenn er nur einen Teil seines achtungswürdigen Programms in die Wirklichkeit umsetze.

Abg. Kardorf (D. Sp.) meinte, je looser die Bindungen seien, die Bayern auferlegt würden, desto enger würde tatsächlich Bayern mit dem Reich verknüpft sein. Eine sehr fruchtbringende Arbeit im Reichsinnenministerium des Innern zu leisten, ist für den Minister deshalb so schwer, weil der Wechsel in der Spitze der Einrichtungen zu häufig sei. Durchschneidlich hätten wir jetzt alle halben Jahre einen anderen Reichsinnenminister gehabt. Auf diese Weise lasse sich keine grobkörnige einheitliche Politik durchführen. Einem Teil der Bemerkungen des Ministers über die Pflichten und Rechte der Beamten stimmte er zu, halte es aber andererseits für an weitgehend, wenn man verlange, daß die Beamten überzeugte Republikaner sein müssen. Natürlich abete es der Fakt, daß die Beamten nicht die Republik schmähen, aber mehr als foretisches Benehmen der Beamten in und außerhalb des Amtes gegenüber der Republik dürfe man nicht fordern. Es wäre ja auch eine Besinnungsmaßnahme über die Art, wenn man auf rechten Männern, die ihre Ideale in dem Kaiserstaat sehen, verlangen wollte, daß sie nun die Republik als die richtige Staatsform prüfen.

Abg. Herndt (D.-N.) wies auf den allgemeinen Umwandel hin, dem das parlamentarische demokratische System im deutschen Volke begegne. Die Allein herrschaft des Reichstages und der Parteien sei den Deutschen in Deutschland unumkehr im höchsten Grade verhaßt. Die letzten endlosen Regierungskrisen hätten den Bankrott des Parlamentarismus erwiesen. Die Erklärung des Reichsinnenministers über die Pflichten der Beamten stelle eine Kampfansage gegen alle Beamten dar, die nicht überzeugte Republikaner seien. Außerdem sei die Erklärung des Ministers verfassungswidrig, da die Verfassung die freie politische Ueberzeugung schätze. Redner fragte, welches Ergebnis die Verhandlungen mit der Entente wegen der lebenslänglichen Einstellung der Polizeibeamten usw. gehabt habe. Die Antwort habe in Uniform an den kommunikativen Versammlungen für die Fürstententziehung teilgenommen. Das sei die unzeitige Folge der politischen Bewegung, die in der Politik betrieben werde.

Abg. Koch, Weiser (Dem.), erachtet den im deutschnationalen Antrag seinerzeit ausgesprochenen Gedanken, eine vom Reichs-

tag unabhängige Reichsregierung zu bilden, ähnlich wie in Amerika, für unmöglich. Eine Herausnahme des Wahlalters auf 21 Jahre hält der Redner für annehmbar, aber für notwendig im großen Rahmen der Wahlreform. Dem Reich müsse eine gewisse Möglichkeit gegeben sein, in den Ländern wichtige Fragen gebührend beeinflussen zu können. Das sei Militarismus. Auch müßten wir zu einer Reichsangehörigkeit kommen. Der Zustand, daß die Siderheitspolizei Soldat der Länder sei, habe sich Bewährt und müsse beibehalten werden. Der Plan des Baues eines Hochhauses für die Zusammenfassung der Reichsministerien, der vom Reichstag zum Beschluß erhoben worden sei, sei endlich durchzuführen. Müte man den Plan 1926 durchzuführen, so hätte man mit Inflationsgelde billige bauen können. Die republikanische Gefinnung müsse bei allen öffentlichen Amtshandlungen vorausgesetzt werden.

Abg. Behold (Wirtsch. Vern.) stimmte den Ausführungen des Reichsinnenministers bezüglich der Beamtenpflichten zu. Der Ausschuss vertrat sich dann auf Dienstag.

Das Zentrum hat mit Unterstützung der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei einen Antrag eingebracht, die Verbreitung von Kunstergzeugnissen mit allen geeignet erscheinenden Maßnahmen zu verhindern, die von sozialen und jugendpädagogischen Gesichtspunkt aus, besonders auch durch Verbreitung von aufständigen Darstellungen auf Grammophonplatten, geeignet sind, die Schuljugend zu vergiften.

Dr. Reinhold über die Aufhebung der Luxussteuer.

Berlin, 1. März. Pressevertreter gegenüber beschäftigte Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, daß Erwägungen darüber geschweht haben; es sind finanziellen Gründen nicht ratsam wäre, die Luxussteuer nicht völlig zu beseitigen, sondern lediglich auf einen engeren Kreis von Artikeln zu beschränken. Bei näherer Prüfung habe sich jedoch gezeigt, daß das finanzielle Ergebnis einer derart verengten Luxussteuer außerordentlich gering sein würde, nämlich etwa 20 Millionen im Jahre. Er habe sich darum entschlossen, an seinem ursprünglich gefaßten Entschluß, die Luxussteuer völlig fallen zu lassen, festzuhalten. Die Beseitigung soll bereits vom 1. April ab erfolgen.

Auf die weitere Frage, ob eine weitere Herabsetzung der Umsatzsteuer unter den bereits angekündigten Satz von 6,5 Prozent für später ins Auge gefaßt sei, erklärte der Minister, seiner Ansicht nach könne, solange auf Deutschland die Zölle aus dem Dawes-Abkommen ruhen, auf die Ertragssteuern dieser Steuer nicht verzichtet werden.